

Antrag

der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Kerstin Andreae, Claudia Roth (Augsburg), Kai Gehring, Tabea Rößner, Annalena Baerbock, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Anja Hajduk, Bärbel Höhn, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Nicole Maisch, Peter Meiwald, Omid Nouripour, Friedrich Ostendorff, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

UN-Nachhaltigkeitsziel 9 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armut- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

UN-Nachhaltigkeitsziel 9 in Deutschland umsetzen

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 9 zum Aufbau einer belastbaren Infrastruktur, zur Förderung einer nachhaltigen Industrie und Unterstützung von Innovationen ist auch für den gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolg unseres Landes von entscheidender Bedeutung.

Damit aus Ideen Innovationen werden, die auch in Zukunft gutes Leben in Deutschland möglich machen, und um unseren Wohlstand zu erhalten, müssen wir heute investieren – in Köpfe, die heute und morgen diese Ideen entwickeln, in mehr Chancen für jeden einzelnen und in gute Strukturen, in schnelles Internet, nachhaltige Mobilität und Gütertransport und unsere Stromnetze. Diese Investitionen haben eine Dividende, die in Zukunft alle erhalten und deshalb Deutschland gerechter machen.

Statt Antworten auf zentrale Zukunftsfragen unserer Zeit zu geben, lässt die Bundesregierung große Leerstellen. Ihre Investitionen kommen spät, fallen klein aus und setzen falsche Schwerpunkte. Die Bundesregierung verschleudert Milliarden mit unnötigen Straßenneubauten, statt auf Aufbruch in Bildung und Forschung zu setzen und den Kampf gegen die Klimakrise aufzunehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit einem Bundesnetzplan klare Prioritäten auf die Beseitigung dauerhafter Engpässe zu setzen und vor allem in den Erhalt des Bestandes und nachhaltige Mobilität zu investieren, etwa durch gezielte Ausbaumaßnahmen für einen integrierten Taktfahrplan im öffentlichen Verkehr und den Aufbau eines Rad-schnellwegenetzes;
2. mit einer nachhaltigen Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur Bundesfernstraßen, Schienennetz und Wasserstraßen zukunftsfähig zu erhalten, zu finanzieren, zu planen und zu bauen sowie im Schienenverkehr fairen Wettbewerb zu ermöglichen;
3. eine kommunale Investitionsoffensive zur Überwindung der maroden Infrastruktur vor Ort zu beginnen und dafür ein Investitionsprogramm des Bundes für marode Schulen in Höhe von 10 Milliarden Euro bereitzustellen;
4. eine ökologische Industriepolitik voranzutreiben, z. B. durch Kaufzuschüsse für Elektrofahrzeuge und die Förderung von Ladeinfrastruktur verbunden mit strengen Verbrauchsgrenzwerten für mehr Klimaschutz und einer Dienstwagenbesteuerung, die an ökologischen Kriterien ausgerichtet ist;
5. Investitionsschub für ein Wissenschaftswunder: Initialzündung durch zeitlich begrenztes Modernisierungsprogramm von Bund und Ländern für die Infrastrukturen des Wissens (Hörsäle, Bibliotheken, Digitalinfrastrukturen, Studienplatzvergabe, Forschungsgeräte, Wohnheime), damit 2020 Bauten und Ausstattung wieder auf der Höhe der Zeit sind. Gute Arbeitsbedingungen durch die überfällige Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und ein Bund-Länder-Programm für 10.000 zusätzliche Nachwuchsstellen mit Tenure-Track-Chance. Eine neue Innovationsstrategie, die Innovationen stärkt und den Innovationsbegriff breit fasst: mit steuerlicher Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, besserem Zugang zu Wagniskapital, neuen Kooperationsformen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere bei Forschung, zu den großen gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen, neuen Wettbewerben und Ausschreibungen.

Berlin, den 22. September 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion